

## **Steueramtshilfe und Gruppenanfrage**

*Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat am 27. Oktober 2015 eine Schlussverfügung erlassen zu einer Gruppenanfrage aus den Niederlanden. Sie hat das Gesuch gutgeheissen. Dagegen läuft nun die Beschwerdefrist von 30 Tagen, während der ein Weiterzug an das Bundesverwaltungsgericht möglich wäre.*

### **Ausgangslage**

Normalerweise gewährt die Schweiz gestützt auf ein Doppelbesteuerungsabkommen Amtshilfe, wenn die ausländische Steuerbehörde unter anderem Angaben zum Steuerpflichtigen (Name, Adresse, etc.) nennen kann. Damit ein Amtshilfungsverfahren überhaupt Erfolg hatte, musste die ausländische Steuerbehörde bisher bereits über viele Informationen verfügen. Seit dem 1. Februar 2013 sind nun aber auch sogenannte Gruppenanfragen zulässig. Die ausländische Steuerbehörde muss dann den Kundennamen nicht mehr kennen, sondern kann Amtshilfe für alle Steuerpflichtigen verlangen, die ein bestimmtes Verhaltensmuster an den Tag gelegt haben. Welches Verhalten für die Definition einer Gruppe ausreicht, wurde in den verschiedenen Abkommen nicht definiert. Genügt, dass die Kunden eine Nummernbeziehung haben oder banklagernde Post haben, wie dies die OECD vorgeschlagen hat? Oder braucht es ein qualifiziertes Verhalten? Diese Frage muss von der Praxis geklärt werden.

Bereits in der Vergangenheit wurden solche Gruppenanfragen aus den USA gestellt. Am 6. Januar 2014 hat das Bundesverwaltungsgericht eine Gruppenanfrage der amerikanischen Steuerverwaltung betreffend die Bank Julius Bär abgelehnt, weil es sich um eine Fishing Expedition handle. Voraussetzung nach dem Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz / USA ist allerdings, dass der Steuerpflichtige einen Steuerbetrug begangen hatte und das Gericht war der Ansicht, dass konkret kein Steuerbetrug vorliege.

Im Falle von 57 Ländern, mit denen die Schweiz mittlerweile ein neues Abkommen abgeschlossen hat, liegt der Fall nun aber anders. Nach diesen Abkommen genügt es, wenn die Steuerpflichtigen eine Steuerhinterziehung begangen haben. Der Steuerpflichtige muss also keinen Betrug mehr begehen, sondern es genügt, wenn er die Steuern hinterzogen hat. Nun liegt der erste konkrete Fall vor, bei dem eines dieser 57 Länder eine Gruppenanfrage gestellt hat.

### **Die konkrete Anfrage aus den Niederlanden**

Die niederländische Steuerbehörde stellte ein Amtshilfegesuch, gemäss dem sämtliche Personen, die für den Zeitraum vom 1. Februar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 folgende Kriterien erfüllten, an die Niederlanden gemeldet werden sollen:

1. Die Person war Inhaber mindestens eines Kontos bei der UBS;
2. Sie verfügte gemäss bankinterner Dokumentation über eine Domiziladresse in den Niederlanden;
3. die UBS hat diese Person schriftlich zum Nachweis ihrer Steuerkonformität aufgefordert, mit der Androhung, die Beziehung sonst aufzulösen;
4. diese Person hat keinen der Bank genügenden Nachweis über die Steuerkonformität erbracht

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hatte zu beurteilen, ob es sich bei dieser Anfrage um eine zulässige Gruppenanfrage oder eine unerlaubte „Fishing Expedition“ handelt. Sie ist zum Schluss gekommen, dass eine zulässige Gruppenanfrage vorliege und hat eine entsprechende Verfügung erlassen.

Nun läuft bis zum 26. November 2015 die Beschwerdefrist. Wird keine Beschwerde erhoben, werden sämtliche Steuerpflichtige, die die genannten 4 Kriterien erfüllen nach Holland gemeldet, wo ihnen Steuerstrafverfahren drohen. Wird rechtzeitig Beschwerde erhoben, muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden, ob es sich um eine zulässige Gruppenanfrage handelt.

## **Fazit**

Der Entscheid der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat sehr grosse Tragweite. Zentrales Kriterium für die Umschreibung der Gruppe ist, dass die UBS ihren Kunden ein Schreiben hat zukommen lassen. Danach sollen diese im Rahmen der EU-Zinsbesteuerung die Ermächtigung zur freiwilligen Offenlegung im Wohnsitzland erteilen oder sie sollen die Steuerkonformität anders belegen. Kunden, die die Ermächtigung nicht erteilt haben oder den Nachweis sonst wie erbracht haben, werden nun erfasst. Da der Zeitraum zwischen dem 1. Februar 2013 und dem 31. Dezember 2014 erfasst wird, werden auch Kunden erfasst, die ihre Beziehung zur UBS seither saldiert haben.

Solche und ähnliche Schreiben haben viele Schweizer Banken an ihre Kunden verschickt. Betroffen sind nicht nur niederländische Kunden, sondern auch Kunden von vielen weiteren Ländern. Wenn der Entscheid der Eidgenössischen Steuerverwaltung bestätigt wird, genügt es künftig, wenn die ausländische Steuerbehörde über ein entsprechendes Schreiben der jeweiligen Bank an ihre Kunden verfügt, um eine erfolgreiche Gruppenanfrage zu stellen. Damit wäre das Bankgeheimnis mit all diesen Ländern faktisch schon jetzt aufgehoben, und dies erst noch rückwirkend auf den 1. Februar 2013.

Für weitergehende Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Basel, 17. November 2015 / Christoph Beer